



Flüchtlingssituation in der Gemeinde Fürth und geplante Vorgehensweise

Ausgangssituation

- Die Gemeinde Fürth muss im Jahr 2023 mit über 100 Menschen rechnen, welche über die Direktzuweisung des Landkreis Bergstraße untergebracht werden müssen.
- Die jetzt angegangenen „Lösungen“ werden uns, werden die Gemeinde Fürth, die nächsten Jahre begleiten, da die Direktzuweisungen in dieser Form jährlich wiederholt werden. Eine Rückführung der Menschen ist dabei ungewiss, beziehungsweise vorerst nicht abzusehen.
- Also müssen wir einen Spagat bewerkstelligen: Sozial verträglich/menschenwürdig – „Erfüllung unseres Kontingentes“.

Wie möchten wir das bewerkstelligen?

- Wohnrauminitiative „Anmieten von privatem Wohnraum durch die Gemeinde“ läuft. Dies ist aber keine „Lösung“ der Aufgabe, sondern wirkt lediglich unterstützend.
- Ankauf des ehemaligen Katasteramtes in der Erbacher Straße. Dies kann uns zu Beginn eine erhebliche Erleichterung verschaffen.
- Schaffung von einfachen Unterkünften in Containerbauweise auf gemeindeeigenen Flächen – derzeitige Planung im Bereich „Siemensring“.

Leitgedanken bei der geplanten Vorgehensweise

- 1. Öffentliche Gebäude und Einrichtungen für ihren Nutzen erhalten:**
Alle Initiativen und Ideen der Gemeinde zielen darauf ab, Lösungen zu schaffen, die das gesellschaftliche Leben in gewohnter Weise bestehen zu lassen und nicht dazu führen, dass wir beispielsweise Dorfgemeinschaftshäuser, Schulhallen oder andere Objekte dauerhaft belegen müssen und somit den eigentlichen Nutzern entziehen.
- 2. Menschenwürdige Unterbringung:**
Die Menschen sollen hier „wohnen“ und nicht nur „untergebracht“/„abgeschoben“ werden.
- 3. Keine Überbelastung der Fürther Bevölkerung:**
Es kommt eine Belastung auf alle zu, aber alle Maßnahmen sind darauf ausgerichtet eine Überlastung zu vermeiden.
Wir möchten niemanden etwas wegnehmen. Trotz der Aufnahme von Flüchtlingen soll, wie oben erwähnt, weiterhin das gesellschaftliche Leben, wie üblich, fortgeführt werden.

Was bringt dies für die Verwaltung mit sich?

- Die oben beschriebene Vorgehensweise bedeutet einen enormen Aufwand in der Vorbereitung, Durchführung und Unterhaltung unserer Lösungen.
- Die Gemeindeverwaltung übernimmt vollkommen neue Aufgaben im Bereich der Flüchtlingsbetreuung und Unterbringung.
- Diese Aufgaben erfordern personellen und finanziellen Einsatz, den wir bisher nicht gekannt haben.
- Entscheidungen, wie das Gründen einer wöchentlich tagenden Task-Force oder die Schaffung einer neuen Stelle „Sachbearbeitung Flüchtlingsbetreuung/-unterbringung“, wurden bereits getroffen. Im Laufe des Prozesses wird die Vorgehensweise gegebenenfalls ausgeweitet, beziehungsweise angepasst.